

Das Putschregime in Kiew treibt das Land in einen Bürgerkrieg

Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. Berlin

Der Konflikt um und in der Ukraine hat sich weiter verschärft. Das von den Westmächten an die Macht gebrachte Regime setzt seinen Krieg gegen die Kräfte, die im Osten und Süden des Landes für ihre souveränen Rechte, für Selbstbestimmung und föderale Struktur des Landes eintreten unvermindert fort. Dabei kommen sowohl die reguläre Armee mit schweren Kriegsgerät als auch die von Rechtsradikalen durchsetzte sogenannte Nationalgarde, bewaffnet Schlägertrupps des faschistischen „Rechten Sektors“, von Oligarchen aufgestellte und bezahlte Milizen und offensichtlich auch ausländische Söldner zum Einsatz. Es wächst die Zahl der menschlichen Opfer, es gibt Anzeichen von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Regime in Kiew führt einen Krieg gegen das eigene Volk und bedient – ungeachtet der Opfer – die Interessen und Aufträge jener, die sie an die Macht gebracht haben – insbesondere der USA.

Die Regierung der BRD trägt beträchtliche Schuld an dieser Entwicklung - sie handelt entgegen ihrer historischen Verantwortung sowie den Erfahrungen und Interessen des deutschen Volkes. Die offenkundig einseitige Unterstützung der Kiewer Putschisten, die Ignoranz des Volkswillens im Osten und Süden der Ukraine und die unsägliche Hetze und Drohungen gegen Russland sind keine politische Basis für die Lösung des Konflikts.

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde verurteilt diese Politik mit aller Entschiedenheit. Sie widerspricht den Grundsätzen der UNO-Charta zur Bewältigung von Konflikten, führt zur Destabilisierung und zu ernster Gefährdung des Friedens in Europa.

Geleitet von ihren eigenen geostrategischen und globalen ökonomischen Interessen haben die USA und die EU die Ukraine in eine Katastrophe gestürzt. Dafür wurden die Unzufriedenheit der Menschen mit ihrer sozialen Lage und die schon länger anhaltende Degradation der ukrainischen Wirtschaft genutzt. Dutzende sogenannte Nichtregierungsorganisationen, die von westlichen Stiftungen und Regierungen politisch und finanziell unterstützt wurden bereiteten systematisch den Boden für weitergehende Schritte. Große Summen (USA: 5-6 Milliarden Dollar!) wurden investiert. Gekaufte Medien halfen mit, den Protesten die vom Westen gewünschte Richtung zu geben: „Schneller in die EU bedeute Wohlstand für alle; gegen Russland, von wo die Gefahr einer Aggression ausgehe“.

Die Regierung der BRD hat maßgeblich dazu beigetragen, dass einem Oppositionsbündnis, in dem rechte, ultranationalistische und faschistische Kräfte eine entscheidende Rolle spielten, unbesehen politische Publizität und breite Unterstützung im Ausland und vor Ort geleistet wurde.

So vom Ausland akzeptiert und unterstützt wurden diese gut organisierten Abteilungen und Gruppierungen zu den „Sturmtrupps“ und Beherrschern des Zentrums der Proteste und schließlich zu denen, die im Auftrag ihrer ausländischen Auftraggeber, den Putsch gegen die gewählte Regierung des Landes organisatorisch durchführten. Die Faschisten nahmen in dem Regime, das nun etabliert war Schlüs-

selfunktionen in den Machtstrukturen ein. In den Strafexpeditionen, die jetzt gegen diejenigen, die in der Ostukraine gegen die Kiewer Faschisten protestieren, durchgeführt werden, in der Unterdrückung Andersdenkender spielen sie eine entscheidende Rolle. Ermutigt durch das Zustandkommen des Regimes in Kiew, erhalten faschistische Bewegungen in Europa Auftrieb.

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde fragt: Wo bleibt der Protest der Bundesregierung? Ist sie nicht aus der deutschen Geschichte heraus einem antifaschistischem Grundverständnis verpflichtet?

Wir fordern mit Nachdruck: Keine Tolerierung und Unterstützung von Faschisten in der Ukraine.

Unterstützt von seinen ausländischen Gönnern und Unterstützern richten sich die Angriffe des Kiewer Regimes gegen Andersdenkende und die Protestierer in der Ostukraine. Im Visier sind die sozialen Grundlagen der Masse der Bevölkerung, die ohnehin am untersten Rand stehen. Mit schnell geschnürten Hilfspaketen wollen IWF, EU und Weltbank den Kollaps der ukrainischen Wirtschaft abwenden. Selbst von Krisen bedrängt wollen USA und EU die Chance, die Ukraine endgültig unter ihre Kontrolle zu bringen nicht gefährden.

Aber die Hilfe hat ihren Preis. Sie haben nicht die Absicht, die Ukraine zu retten, sie werden sie ausplündern und mit Preiserhöhungen, Sparpaketen im sozialen Bereich sowie der ganzen Palette, wie sie aus anderen europäischen Länderbekannt ist, die Bevölkerung der Ukraine noch weiter ins Elend stürzen.

Unangetastet bleibt die Macht der schwerreichen ukrainischen Oligarchen. Im Gegenteil! Nachdem sie in den Jahren durch Raub am Volkseigentum und durch verschärfte Ausbeutung riesige Vermögen zusammengerafft haben gelten sie den neuen Machthabern und den ausländischen Hintermännern, als Stabilisierungsfaktoren. Früher beschimpft - gelten sie jetzt der Regierung der BRD als wichtige Gesprächspartner, werden empfangen, konsultiert und für die große Politik hoffähig gemacht.

* * * * *

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde stellt fest; dass Hetze und Drohungen gegen die Russische Föderation und ihren Präsidenten in den Medien der BRD und auch in Regierungs-Erklärungen nicht zur Lösung des Konfliktes in und um die Ukraine beitragen.

Russland hat diese Krise nicht verursacht. Eine fortdauernde Belastung der Beziehungen zu Russland richtet sich letztendlich gegen die Interessen des deutschen Volkes und gegen eine stabile Entwicklung in Europa.

Wir fordern, dass die Machthaber in Kiew, die nicht zuletzt durch die Politik der BRD an die Regierung gekommen sind, von ihr auch aufgehalten werden, das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen, weiterhin die Rechte der Menschen in den Regionen zu missachten.

Wir fordern von der Bundesregierung dafür zu sorgen, dass an dem von ihr vorgeschlagenen Dialog zur Beilegung der Krise in der Ukraine alle politischen Kräfte teilnehmen können.